

Liebe Leserinnen und Leser,

hier ist mein Bericht von der Ratssitzung am 31.1.2019.

Als Nachfolger von Sabine Steinbrink (SPD), die mit Wirkung vom 2.1.2019 auf ihr Mandat verzichtet hatte, wurde Peter Rasp als Ratsmitglied verpflichtet.

Bei Anerkennung der Tagesordnung wurde auf Antrag mehrerer Fraktionen beschlossen, die ursprünglich in nicht-öffentlicher Sitzung zu behandelnden Tagesordnungspunkte „Stadtstrand“ und „Eissporthalle Benrath“ in der öffentlichen Sitzung zu beraten soweit es nicht um schutzwürdige Details Dritter geht.

### **Aktuelle Anfragen**

Aufgrund einer Anfrage der Ratsfrau Opelt (AfD) zur **Veräußerung des Gebäudes des Luise-Gymnasiums** teilte die Verwaltung mit, dass aufgrund eines Antrags der BV 1 geprüft wurde, ob das Gebäude nach Umzug an den Südring (nicht vor 2023) einer schulischen Nutzung zugeführt werden kann. Als Ergebnis wurde mitgeteilt, dass zur Zeit weder aus schulorganisatorischen noch wirtschaftlichen Gründen eine Nachnutzung sinnvoll ist. Die Verwaltung hat keinen Auftrag zur Veräußerung erhalten.

Die SPD fragte nach den **Auswirkungen der Schiffskollision auf dem Rhein**. Die Verwaltung teilte mit, dass 2000l Gasöl ausgelaufen sind. Der schwer flüchtige Ölfilm treibt auf der Oberfläche der rechten Rheinseite. Die Häfen wurden geschützt, der Yachthafen Lörick ist nicht betroffen. Der Gasölfilm wird rheinabwärts transportiert. Er löst sich im Wasser und durch Verdunstung auf. Die vergleichsweise geringe Menge an der Wasseroberfläche hat keine Auswirkungen auf Grundwasser und Fische. Bisher sind keine verschmutzten Wasservögel gemeldet worden. Insgesamt sind keine Umwelt relevanten Verunreinigungen festgestellt worden.

### **Anfragen**

Aufgrund einer Anfrage der CDU teilte die Verwaltung mit, dass die Fachausschüsse weiterhin komprimierte **Stellenplanbilanzen** erhalten. Eine Übersicht enthält die Stellenstreichungen in den Fachbereichen nebst Umfang und Aufgaben. Die „kannwegfallen-Vermerke“ sind nicht immer Stellenscharf sondern meistens auf Organisationsseinheiten bezogen.

Die Fraktion Tierschutzpartei/freie Wähler (TP/FW) fragte nach den Auswirkungen des langanhaltenden **Rheinniedrigwassers** auf Tiere und Pflanzen. Die Verwaltung teilte mit, dass keine direkten Auswirkungen des langanhaltenden Rheinniedrigwassers bekannt sind. Auch der Fischereigenossenschaft sind weder Fischsterben noch Erkrankungen von Fischen bekannt geworden. Allerdings ist der Aufstieg der Lachse aus dem Meer aufgrund des Niedrigwassers ausgeblieben.

Bei der Beantwortung einer Anfrage der Fraktion TP/FW zur **Beratung von Niedrigrentnern und Armutsgefährdeten** verwies die Verwaltung auf das umfangreiche Informations- und Beratungssystem der städtischen Einrichtungen, der zentren plus, der Schuldnerberatungsstellen und der Seniorenratsmitglieder. Durch den Fachtag „Armut und Einsamkeit im Alter“ wurden 26 Handlungsempfehlungen erarbeitet, die nun beraten, bearbeitet und möglichst frühzeitig umgesetzt werden. Derzeit erfolgt eine Neu-Organisation des Sozialamtes mit dem Ziel, einen umfassenden und interdisziplinären Beratungsansatz zu verwirklichen.

Die Linken fragten unter Hinweis auf Vorkommnisse in Hamburg, wo ein Konzertveranstalter im Vorfeld von Genehmigungen Freikarten verteilte, nach der **Annahme von Freikarten durch Verwaltung, Rats- und Ausschussmitglieder**. Die Verwal-

tung teilte mit, dass in Düsseldorf D.LIVE feste Kartenkontingente in genehmigten städtischen Veranstaltungsstätten vergibt. Sie werden nach einem im Ältestenrat vereinbarten Schlüssel den Fraktionen zur Verfügung gestellt und versteuert. Die Stadt hat jeweils eine Loge in der Merkur Spielarena und im ISS Dome gemietet, die sie überwiegend durch Ehrenamtliche, als Incentive für städtische Bedienstete und gelegentlich für Gäste der Stadt nutzt.

Aufgrund einer Anfrage des Rats Herrn Maniera (Republikaner) zur **Abschiebung straffälliger Ausländer** teilte die Verwaltung mit, dass zwei Stellen im Ausländeramt eingerichtet wurden, um die Polizei beim Intensivtäterkonzept zu unterstützen. Vier Personen wurden abgeschoben. 26 Personen sind im Fokus der Ausländerbehörde. Hier wird geprüft, ob eine Aufenthaltsbeendigung erfolgen kann. Bei drei Personen ist inzwischen die Ausreisepflicht vollziehbar.

Rats Herr Maniera fragte nach den **Auswirkungen der Kurzzeitvermietungen auf den Wohnungsmarkt**. Mangels einer Registrierungspflicht können konkrete Zahlen nicht genannt werden, das Deutsche Institut der Wirtschaft schätzt 2.500 Wohnungen. Schutz vor Kurzzeitvermietungen ist nur über eine Zweckentfremdungsverordnung zu erreichen. Eine Meldepflicht der Plattformbetreiber bedingt eine Änderung des Wohnraumaufsichtsgesetzes NRW. Der Oberbürgermeister hat deshalb den Ministerpräsidenten angeschrieben und auch über den Städtetag dies angeregt. Außerdem wurde über das Bundesfinanzministerium angeregt, eine Registrierungspflicht der online Vermieter mit Angabe der Steuernummer gesetzlich vorzusehen.

Rats Frau Opelt (AfD) fragte nach dem **Luftreinhalteplan der Bezirksregierung**. Dieser tritt am 1.2.2019 in Kraft und enthält gegenüber dem veröffentlichten Plan einige Änderungen. Die Merowinger und die Prinz-Georg-Straße erhalten bis Ostern einseitige Umweltschilde. Umweltschilde in den Gegenrichtungen werden geprüft ebenso wie beidseitig im Abschnitt Werstener Kreuz bis Kaiserstraße. Hier wird ebenfalls geprüft, ob der Nutzerkreis auf Kraftfahrzeuge mit mindestens drei Insassen begrenzt werden kann. Zwischen Klever und Jülicherstraße wird bis Mitte 2019 ein geschützter Radweg eingerichtet. Ein Dieselfahrverbot wird nicht für angemessen gehalten.

Aufgrund einer Anfrage der Rats Frau Opelt (AfD) zu einer **Schadensersatzklage** gegen die Stadt teilte die Verwaltung mit, dass gegen die Stadt keine Klage vorliegt. Auch D.LIVE ist keine Klageschrift zugestellt worden. Laut Presseberichten klagen nicht die Rhein Vikings sondern Herr Koblenzer. D.LIVE hat aufgrund einer fehlenden Fortführungsprognose das Sponsoring der Rhein Vikings zum 31.12.2018 beendet und zugleich Gespräche angeboten.

Aufgrund einer Anfrage des Rats Herrn Grenda (Piraten) zum **Breitbandausbau** teilte die Verwaltung mit, dass die Bundesnetzagentur das Nutzungsrecht auf die Netzbetreiber übertragen hat. Die Kommune kann die Nutzung nicht versagen. Für die Schaltschränke sind Genehmigungen zu erteilen, Auflagen für die Baulichkeiten können gemacht werden. Über die Art der Übertragungstechnik liegen keine Informationen vor.

### **Bericht aus der Kleinen Kommission Kö-Bogen**

Die Arbeiten zur Offenlegung der Düssel sind abgeschlossen. Für die weiteren Baumaßnahmen wurde folgender Zeitplan mitgeteilt:

- Gustav-Gründgens-Platz und Bereich Shadowstraße ab Sommer 2019,
- Absenkung der Lichtschächte des U-Bahnhofes ab Mai 2019,
- Herstellung der nördlichen Grünfläche (Baufläche) ab Oktober 2019,
- Shadowstraße bis zum Bereich Kaufhof Wehrhahn ab März 2020.

## **Bericht aus der Kleinen Kommission RRX**

Die Kommission befasste sich mit den Zwischenergebnissen der Machbarkeitsstudie Umfeld Bahnhof Benrath. Aufbauend auf einer Verkehrserhebung und funktionalen Analysen wurden eine bestandsorientierte Planungsvariante zur Neuordnung der Flächen rund um den Bahnhof sowie eine Planungsvariante mit der Ausrichtung „Innovative Vision“ erarbeitet. Die Realisierung beider Planungsvarianten kann modular umgesetzt werden, so dass die in der Machbarkeitsstudie erarbeiteten städtebaulichen Zielvorstellungen zur Gestaltung des Umfeldes des Bahnhofes (P&R, B&R, Mobilstation, Busbahnhof, Radschnellweg, etc.) aktuell keiner Entscheidung bedürfen. Diese Zielvorschläge können und sollen breit diskutiert und weiterentwickelt werden.

Die kurzfristig zu entscheidenden Schnittstellen zur RRX-Planung der Deutschen Bahn betreffen den Neubau der Personenunterführung Paulsmühlenstraße mit einer vorgeschlagenen lichten Breite von 9 m und einer lichten Höhe von 3,5 m, die Anbindung des RRX-Bahnsteiges an die Personenunterführung sowie den barrierefreien Umbau des Ostzuganges zum Bahnhofsgebäude. Die drei o.g. Schnittstellen werden zur anstehenden RRX-Planung in den zu fassenden Bedarfsbeschluss für den Planfeststellungsabschnitt 2.0 Hellerhof – Garath aufgenommen werden. Die Kosten werden für den Bedarfsbeschluss noch ermittelt und überprüft.

Die aufgezeigten Zielvorstellungen der Planungsvariante „Innovative Vision“ wurden als Diskussionsgrundlage für eine Umgestaltung des Bahnhofsumfeldes begrüßt. Die Anregungen und Hinweise werden in die weitere Bearbeitung aufgenommen.

Eine Verkehrsbefragung der Schüler\*innen des Albrecht-Dürer-Kollegs hat gezeigt, dass 71 % der Berufsschüler regelmäßig den ÖPNV für den Schulweg nutzen.

Die planerischen Anforderungen der Stadt an die durch den RRX-Ausbau betroffenen vier Eisenbahnüberführungen Hildener Straße, Forststraße, Bamberger Straße und Henkelstraße Einvernehmen können ohne große Kostenerstattungen an die Deutsche Bahn erfüllt werden. Die konkreten Kostenfolgen sind noch zu ermitteln.

Die Ergebnisse zu der von der BV 9 eingeforderten Untersuchung der Machbarkeit einer Tieflage des geplanten Überwerfungsbauwerkes im Bereich Reisholz werden am 08. März der BV 9 und am 15.3. der Öffentlichkeit vorgestellt.

Die Unterlagen des Bürger-Dialogs wird die DB der Stadt zur Verfügung stellen und erwartet anschließend eine abschließende Stellungnahme der Stadt mit welcher Variante die weitere RRX-Planung fortgeführt werden soll.

Die ergänzenden Untersuchungen für den Bereich Gustav-Poensgen-Straße einschließlich eines Klimagutachtens für die ganze Stadt sind in Bearbeitung. Ergebnisse werden, laut DB, voraussichtlich im ersten Halbjahr 2019 vorliegen.

Die Regierungspräsidentin sicherte zu, dass die offenen Untersuchungsergebnisse den Bürgern\*innen und der Stadt vorgestellt werden.

Die DB hat die sich aus Ratsbeschlüsse des Stadt vom 22. März und 13. Dezember ergebenden neuen Aufgabenstellungen für die Planung der RRX-Trasse in Angermund den beauftragten Ingenieurbüros übergeben und plant einen ersten Block der Bürgerbeteiligung Ende März als Messe/Dialogveranstaltung mit Themenständen durchzuführen.

Im Dezember 2018 wurde die Finanzierungsvereinbarung für das Elektronische Stellwerk Düsseldorf (ESTW) einschließlich neuer Leit- und Sicherungstechnik zwischen Bund und DB unterzeichnet. Die bisherige Technik ist veraltet. Es werden 330 Mio. EUR auf einer Streckenlänge von 43 km als Investition in und um Düsseldorf getätigt. Die Umrüstung dient dem Bahnverkehr allgemein und ist Voraussetzung für den RRX-Gleisausbau. Der Baubeginn ist für 20121 geplant. Mit erheblichen Auswirkungen auf

den Bahnbetrieb während der Bauzeit ist zu rechnen. Konkrete Pläne liegen hierzu noch nicht vor.

### **Bericht aus der Kleinen Kommission Schauspielhaus**

Das Projekt zur Dach- und Fassadensanierung befindet sich im Termin- und Kostenrahmen. Das ganzheitliche Entwässerungsgesuch für Dach, Küche und alle Entnahmestellen wurde inzwischen gestellt. Die Rohbauarbeiten am Verbindungsbauwerk sind nahezu abgeschlossen, die Dacharbeiten konnten trotz der Witterung fortgesetzt werden. Mit der denkmalgerechten Sanierung der erdgeschossigen Fassade wurde begonnen. Der Baubeginn für die Metallarbeiten ist im März vorgesehen, die Fertigstellung im September. Wegen der verspäteten Vergabe der Blechfassade besteht ein Terminrisiko.

### **Verwaltungsvorlagen**

Der Rat beschloss bei Enthaltung des Piraten, 20 % (2,3 Mio. Euro) der **ÖPNV-Pauschale des Landes** für den barrierefreien Ausbau von Haltestellen zu verwenden sowie 30 % (3,4 Mio. Euro) für neuwertige und barrierefreie Fahrzeuge und 50 % (5,7 Mio. Euro) für investive Maßnahmen an die Verkehrsunternehmen zu gewähren.

Der Rat nahm den Bericht über die Ergebnisse der **Maßnahmen zur Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderung** sowie die Anmerkungen des Beirates zur Förderung der Belange von Menschen mit Behinderung zur Kenntnis. Er bittet auf Empfehlung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales die Verwaltung, die Entwicklung der Barrierefreiheit in den einzelnen Bereichen über das Jahr zu ermitteln und in den zuständigen Fachausschüssen vorzustellen. Der sich anschließende Gesamtbericht wird über die Behindertenkoordination dem Beirat zur Förderung der Belange von Menschen mit Behinderung und im Anschluss dem Rat zur Kenntnis gegeben.

Der Rat beschloss einstimmig die **„Prüfungsordnung** des Studieninstituts für kommunale Verwaltung Düsseldorf für Umschulungsprüfungen im Ausbildungsberuf zur Verwaltungsfachangestellten/zum Verwaltungsfachangestellten – Fachrichtung Kommunalverwaltung“.

Der Rat beschloss mehrheitlich die **Fortsetzung der Arbeit der „Kleine Kommission Wehrhahn-Linie“ als „Kleine Kommission Stadtbahnbau U 81“** zur Begleitung des Baus der Stadtbahnstrecke U 81 1. Bauabschnitt „Freiligrathplatz – Flughafen Terminal“.

An der Informationsvorlage zum Planungsstand **Stadtstrand** brandete eine Diskussion auf. Der Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Tourismus, Liegenschaften hatte mit 16 ja-Stimmen gegen 3 Stimmen (CDU, FDP, Linke) nach einer Ausschreibung beschlossen, dass die Verwaltung mit dem Betreiber „Küss den Frosch“ mit dem Ziel der Umsetzung des Konzeptes „Der geheimnisvolle Stadtstrandurlaub in Düsseldorf“ Vertragsverhandlungen aufnimmt. Der Betriebsstart soll der 1.3.2019 sein. Gegenstand der Verhandlung sollte auch die Feststellung einer umsatzabhängigen Pacht zuzüglich einer Festpacht gemäß Wertermittlung sein. Am Robert-Lehr-Ufer, am Tonhallenufer und im Bereich des KIT sollen individuelle Strandbauten und Möblierungen unter Verzicht auf klassische Stadtstrandangebote eingerichtet werden. Mit benachbarten Nutzungen und Veranstaltungen soll umfassend abgestimmt, auf lärmintensive oder Partyangebote verzichtet und das Mehrweggebot konsequent durchgesetzt werden. Am Tonhallenufer sollen wechselnde Einzelveranstaltungen stattfinden wie Straßentheater und Tanzabende.

Kritik gab es an den mehrstöckigen Containern im Bereich des Tonhallenufers, in denen Gastronomie eingerichtet werden soll und Liegestühle etc. aufbewahrt werden sollen, an Containern und Food-Trucks unterhalb des KIT sowie an WC-Containern im Bereich des Mannesmannufers. Ein Antrag der CDU, das Stadtstrandkonzept nachzuverhandeln (Ausstiegsklausel seitens der Stadt mit Abstandssummen, Umsatzpacht bei geringerem Nettoumsatz ansetzen, Vertragsstrafen erhöhen, keine Container oder Foodtrucks vor dem KIT oder der Wiese aufstellen) wurde mit den Stimmen von SPD, BÜ 90, Linken, Pirat abgelehnt (Enthaltung TP/FW).

## Personalien

Der Rat

- wählte die Delegierten für die Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Dortmund. Die SPD wird vertreten durch Claudia Bednarski und Yannis Vatalis
- Herrn Ulrich Wolter als stellvertretendes Mitglied des Stadtsportbundes Düsseldorf in den Beirat der Unteren Naturschutzbehörde
- nahm Ausschussumbesetzungen vor:
- die SPD ersetzte Sabine Steinbrink im Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Tourismus, Liegenschaften durch Peter Rasp, im Bauausschuss durch Peter Knäpper, im Ausschuss für Gleichstellung durch Ina Steinheider, im Ausschuss für Wohnungswesen und Modernisierung durch Frank Spielmann.
- Außerdem ersetzte die SPD im Anregungs- und Beschwerdeausschuss Katja Goldberg-Hammon durch Klaudia Zepunkte, im Ausschuss für öffentliche Einrichtungen Ina Steinheider durch Katja Goldberg-Hammon und im Rechnungsprüfungsausschuss Peter Knäpper durch Peter Rasp.
- empfahl der Gesellschafterversammlung der Sana Klinik GmbH, im Beirat Sabine Steinbrink durch Peter Rasp zu ersetzen.

## Bauen

Der Rat beschloss in namentlicher Abstimmung mit den Stimmen von SPD, BÜ 90, FDP die Ausführung und Finanzierung des Projektes:

- **Stadtbahn U81, 1. Bauabschnitt Freiligrathplatz – Flughafen Terminal** mit Gesamtkosten in Höhe von 230,3 Mio. Euro (Brutto) unter Vorbehalt eines rechtskräftigen Planfeststellungsbescheides und Zuwendungsbescheides sowie unter Vorbehalt der Genehmigung eines zuwendungsunschädlichen Baubeginns für die vorgezogenen Baumaßnahmen. Der Rat stimmte der überplanmäßigen Mittelbereitstellung in Höhe von bis zu 6,4 Mio. EUR (netto), gegebenenfalls zuzüglich Steuern, und der überplanmäßigen Bereitstellung von Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von bis zu 23,7 Mio. EUR mit Kassenwirksamkeit 2020 durch Frau Stadtkämmerin Schneider zu. Er nahm zur Kenntnis, dass mit den vorbereitenden Baumaßnahmen mit einem Volumen von bis zu 16 Mio. EUR vor abschließender Rechtskraft des Planfeststellungsbeschlusses und Vorliegen eines verbindlichen Zuwendungsbescheides begonnen wird. Es wird mit einer Förderung in Höhe von 130 Mio. Euro gerechnet.

Die Realisierung der Stadtbahnstrecke U81 ist in den folgenden Bauabschnitten vorgesehen:

1. Bauabschnitt: Freiligrathplatz – Flughafen Terminal
2. Bauabschnitt: Merkur Spielarena/Messe Nord – Lörick – Handweiser
3. Bauabschnitt: Flughafen Terminal – Bahnhof Düsseldorf-Flughafen
4. Bauabschnitt: Bahnhof Düsseldorf-Flughafen – Ratingen West

Mit einer Gesamtlänge von ca. 1,9 km wird die U81 oberirdisch auf einem Rampenbauwerk und der neuen „Brücke Nordstern“ über den Kreuzungspunkt der Danziger Straße mit der A44 geführt. Durch ein weiteres Rampenbauwerk erreicht die Stadtbahn wieder Straßenniveau und endet in dem unterirdischen U-Bahnhof Flughafen Terminal im Bereich der zukünftigen Flughafenerweiterung.

Das Betriebskonzept mit Inbetriebnahme der U81 / 1. BA sieht vor, die Linie im 20-Minuten-Takt zwischen Düsseldorf Hbf und Flughafen Terminal verkehren zu lassen (Linien-Nr. U82). Im Hinblick auf die Kapazität im Bereich des Innentunnels wird die heute im 10-Minuten-Takt verkehrende Linie U78 (Düsseldorf Hbf – Merkur Spielarena/Messe Nord) auf einen 20-Minuten-Takt umgestellt. Durch die zeitversetzten Fahrten zwischen U78 und U82 bleibt der bisherige 10-Minuten-Takt im Bereich zwischen Düsseldorf Hbf und Freiligrathplatz auch künftig erhalten.

Für Veranstaltungen ist – je nach Veranstaltungsfall – vorgesehen, zusätzliche Fahrten auf der Linie U78 zwischen Düsseldorf Hbf und Merkur Spielarena/Messe Nord (Linien-Nr. E78) und einen Shuttleverkehr zwischen Flughafen Terminal und Merkur Spielarena/Messe Nord durchzuführen (Linien-Nr. E81).

Vor dem Hintergrund der Entscheidung, dass Deutschland als Ausrichter der UEFA EURO 2024 gewählt wurde und Düsseldorf somit zum Austragungsort für die Fußball-Europameisterschaft 2024 wird, werden z.Z. Gespräche mit der Bezirksregierung Düsseldorf über Beschleunigungsmaßnahmen bei der Bearbeitung des Planfeststellungsantrages zur U81 geführt, mit dem Ziel, einen Planfeststellungsbeschluss bis Februar 2019 zu erreichen, so dass von einer Rechtskraft des Beschlusses bis Juli 2019 ausgegangen werden kann.

Ausgehend davon, dass der rechtskräftige Planfeststellungsbeschluss der Bezirksregierung Düsseldorf in Verbindung mit der Vergabe der UEFA EURO 2024 bereits im Juli 2019 vorliegt (s.a. „Baurecht /Genehmigungsverfahren“), wird der Zuwendungsbescheid durch die VRR AöR Anfang 2020 erwartet, sodass der Baubeginn für den Rohbau Mitte 2020 erfolgen kann.

Vorbereitende Maßnahmen (Baumfällungen, Leitungsverlegungen, provisorische Signalanlage U79, Gleisbaumaterial für vorgezogene Maßnahmen) sind bereits ab Sommer 2019 geplant. Hierfür soll die Genehmigung eines zuwendungsunschädlichen Baubeginns erwirkt werden. Bei einer Gesamtbauzeit von ca. 5 Jahren (inkl. der vorbereitenden Maßnahmen) wird mit der Fertigstellung des erweiterten Rohbaus Anfang 2023 und einer Inbetriebnahme der U81/ 1. BA bis Mitte 2024 gerechnet, sofern sich nicht aus Planfeststellungs-, Bau- und Beteiligungsverlauf andere Randbedingungen ergeben. Das Projekt wird durch eine Kleine Kommission begleitet werden.

Der Rat beschäftigte sich in der nicht öffentlichen Sitzung (deshalb hier nur eingeschränkte Informationen) mit dem geplanten **Neubau der Eissporthalle an der Kappeler Straße 105 a** durch die Industrieterrains Düsseldorf AG (IDR). In den Beschluss wurden Änderungen von CDU, SPD, FDP BÜ90 und Anregungen des Piraten integriert. Für den nahtlosen Übergang des ordentlichen Betriebs der Eissporthalle wurden außerplanmäßige Mittel in Höhe von 0,5 Mio. Euro als Zuschuss an die Stiftung der Stadtparkasse bereitgestellt. Ziel ist der Betrieb der alten Halle bis zum Saisonende 2019/20, was aber aufgrund des hohen Alters der Kälteanlage als Risiko gesehen wird. Der Neubau soll dem Raum- und Funktionskonzept der alten Halle entsprechen. Die Tribüne soll Plätze für Menschen mit Behinderungen und eine ausreichende Zahl an Sitzplätzen vorsehen. Der Anschallraum soll mit verschiebbaren Elementen ausgestattet werden, um bei Wettbewerben zusätzliche Kabinen schaffen zu können. Es soll ein intelligentes Energiekonzept und eine bessere Anbindung geplant werden. In diesem Rahmen soll geprüft werden: Taktverdichtung der Buslinie 789, Führung der Metrobuslinien M1 und M3 über die Kappeler Straße, Fuß- und Radwegeverbindung zum Sportpark Niederheid mit Anbindung an die dortigen Buslinien, Taktverdichtung der Buslinie 724. Die festangestellten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sollen auch am neuen Standort weiterbeschäftigt werden. Eissportvereine und Schulen sollen zeitnah über die weitere Entwicklung und Umsetzung informiert werden. Baubeginn ist im Septemer, Fertigstellung Ende 2020 geplant. In einem 2. Bauab-

schnitt sollen im vorderen Grundstücksteil Parkplätze, auch für Schulbusse errichtet werden. Bis Ende 2020 wird das dortige Gebäude während der Dauer einer Sanierungsmaßnahme durch die Gemeinschaftshauptschule Melanchtonstraße genutzt. Die Beschlussfassung erfolgte gegen Linke .

Der Rat beschloss einstimmig die **Änderung des Ausführungs- und Finanzierungsbeschlusses zur „Verlängerung der Straßenbahnlinie 701 zwischen Westfalenstraße und Am Hülserhof/Am Röhrenwerk“**. Insbesondere durch die Entsorgung von belasteten Böden und erforderlichen Umplanungen ist es zu Kostenänderungen gekommen, die durch Minderausgaben in anderen Bereichen nicht ausgeglichen werden können. Die Gesamtkosten erhöhen sich um brutto 5,56 Mio. Euro (inkl. aktivierbarer Eigenleistungen) auf brutto 35,56 Mio. Euro.

## **Planungsrecht**

Der Rat

- beschloss den Bebauungsplan **Max-Planck-Straße**. Das 2,4 ha groß Gebiet war bisher als Sonderfläche mit der Zweckbestimmung Forschung als Reservefläche für das Max-Planck-Institut und das Stahlinstitut VDEH ausgewiesen. Nun wird ein Wohnquartier mit drei Mehrfamilienhäusern (30 Wohnungen), Einzel- und Doppelhäusern, Stadtvillen (insg. 26) und acht preisgünstigen Reihenhäusern entwickelt (gegen Linke);
- beschloss den vorhaben bezogenen Bebauungsplan **Wickrather Straße**. Auf dem Lörick-Karree können zwei mehrgeschossige, bis zu 19 m hohe Gebäude für Wohnen, Einzelhandel und Dienstleistungen entstehen. Das Handlungskonzept Wohnen wird angewendet. In einer Tiefgarage werden 78 Stellplätze errichtet, davon 66 für die Nachbarbebauung (gegen Linke).

Aus zeitlichen Gründen konnten keine Anträge mehr beraten werden. Bei der langen Sitzungsdauer lässt die Aufmerksamkeit schon mal etwas nach. Deshalb können mir durchaus Fehler unterlaufen, insbesondere bei den Abstimmungsergebnissen. Insofern darf ich hier auf die offizielle Niederschrift der Ratssitzung verweisen.

Mit freundlichen Grüßen  
Helga Leibauer

**V.i.S.d.P.: Helga Leibauer, Am Pesch 28, 40625 Düsseldorf, Tel.: 0211 – 29 82 20,  
Email: helgaleibauer@arcor.de**